

Links wirkt!

Die Partei DIE LINKE erklärt zum Kauf des Amerikahauses

Widerstand lohnt sich – die 15.000 Unterschriften der Partei DIE LINKE vor Ort gegen die Verlegung der Stadtbibliothek in das „Amerikahaus“ und gegen die damit verbundene Abhängigkeit von privaten Investoren hat die Verantwortlichen der Stadt wohl doch in Bewegung gebracht.

Nur so lässt sich die Entscheidung erklären, dass das in die öffentliche Diskussion geratene Amerikahaus, nun von der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft BGW gekauft wird. Wir würden gerne den Erwerb eines Stadtbibliotheksgebäudes durch die öffentliche Hand feiern, wenn wir wüssten, wie hoch der Preis ist. Dieser wird aber wohlweislich nicht mitgeteilt, was vermuten lässt, dass es sich in diesem Fall um die Verschwendung öffentlichen Eigentums handelt.

1. Das Amerikahaus konnte vor der Anmietung durch die Stadt kaum vermietet werden und stand weitgehend leer. Erst durch die Anmietungen der Stadt ist die Immobilie wieder verwertbar geworden. Es ist eine zumindest dilettantische Finanzpolitik, erst den Wert des Amerikahauses zu steigern, um es anschließend zu kaufen.

2. Der Kauf durch die 75%ige Stadt-Tochter BGW bedeutet, dass die Ratsmitglieder nicht über den Kauf informiert werden müssen. Lediglich die Aufsichtsratsmitglieder haben Einblick. Entsprechend ist die Auskunft über den Kaufpreis nebulös und kann 10, aber auch 99 Millionen Euro bedeuten. Das Verfahren im Zusammenhang der Geheimhaltung des genauen Kaufpreises deutet auf einen überhöhten Preis hin. Dieser soll allem Anschein nach bis zur Kommunalwahl am 30. August geheim gehalten werden, weil er vor der Öffentlichkeit nicht gerechtfertigt werden kann.

3. Nach aktuellen Meldungen kostet der nutzungsgerechte Umbau des Amerikahauses jetzt 16,8 Millionen Euro. Ursprünglich waren 8 Millionen veranschlagt, die zudem vom Eigentümer zu

übernehmen waren. Das relativiert die angeblich sehr hohen Renovierungskosten der Bibliothek am alten Standort erheblich. Es zeigt, dass der Umzugsbeschluss der Stadtbibliothek von falschen Zahlen ausging und damit auch unter rein finanziellen Gesichtspunkten verfehlt war.

4. In diesen Zahlen sind die Kosten für die Instandsetzung des Dachs, der renovierungsbedürftigen Fassade, sowie der nassen Tiefgarage nicht enthalten. Diese Kosten wären auf den Münchner



Immobilienfonds zugekommen. Sie sind nun vom neuen Eigentümer, das heißt wesentlich der Stadt Bielefeld selbst, zu tragen und aus städtischem Vermögen zu erledigen. Das vergrößert den finanziellen Nachteil gegenüber einem Erhalt der Stadtbibliothek am alten Standort.

5. Als Verschwendung öffentlicher Mittel schränkt das Vorhaben die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt weiter ein. Der Beschluss der Ratsparteien begünstigt bislang ausschließlich die Anteilseigner des HFS-Immobilienfonds. Für die Zeit nach der Wahl ist zu erwarten, dass dieselben Parteien die Kürzung von Sozialausgaben mit den hohen Belastungen des Haushalts begründen werden.

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

Büro: 33602 Bielefeld, August-Bebel-Str. 126
Geöffnet jeden Freitag von 17.00 – 19.00 Uhr.

Telefon: (0521) 86611 oder 5202902

E-Mail: info@dielinke-bielefeld.de

Internet: www.dielinke-bielefeld.de